

## Thema der Ausgabe : **NATO und EU vor der Osterweiterung**

Auf dem EU-Gipfel am 12./13. Dezember in Kopenhagen wird aller Wahrscheinlichkeit nach der Abschluss der Beitrittsverhandlungen mit zehn Kandidatenstaaten bekannt gegeben. Estland, Lettland und Litauen, Polen, Tschechien, die Slowakei und Ungarn, Slowenien, Zypern und Malta sollen als EU-Vollmitglieder an den nächsten Wahlen zum Europäischen Parlament im Sommer 2004 teilnehmen. Mit der anstehenden EU-Erweiterung wird ein beispielloser und eindrucksvoller Prozess zum Abschluss gebracht.

Seinen Ursprung nahm er bereits in den Römischen Verträgen des Jahres 1957: Die europäische Einigung war von Anfang an als ein politisches Projekt angelegt, das allen Demokratien des Kontinents offen stehen sollte. Der Zusammenbruch der kommunistischen Regime und die Überwindung des Kalten Krieges haben 1989/90 die historischen Voraussetzungen für den Erweiterungsprozess geschaffen. Die Europäische Union hat darauf mit der Definition der Kriterien einer Mitgliedschaft ehemaliger totalitärer Zentralverwaltungswirtschaften reagiert (Kopenhagener Kriterien) und den Prozess der Beitrittsverhandlungen initiiert. In Methode und Durchführung ist er beispiellos in der Geschichte der europäischen Integration. Logistisch und administrativ stellt er höhere Anforderungen als jeder andere der bisherigen Erweiterungsprozesse.

Die Europäische Union muss sich selbst soweit reformieren, dass sie die Aufnahme von zehn neuen Mitgliedern verträgt, ohne dass ihre Handlungsfähigkeit gefähr-

det wird. Die Ergebnisse des Vertrages von Nizza aus dem Jahre 2000 sind diesbezüglich nicht mehr als ein erster Schritt gewesen, in der Summe unzulänglich. Zwar wurde am 19. Oktober durch das irische Referendum die letzte noch bestehende Hürde für die Ratifikation des Vertrages von Nizza bezwungen; doch gilt weiterhin: Der eigentliche Testfall für die künftige Handlungsfähigkeit der EU ist der Ausgang des derzeitigen Verfassungsbildungsprozesses, der durch den Europäischen Verfassungskonvent bis zum Frühjahr 2003 vorangetrieben, anschließend durch eine neuere Regierungskonferenz weitergeführt und endlich durch Beschlüsse des Europäischen Rates konkret umgesetzt werden muss.

Zwei Unwägbarkeiten begleiten den erfolgreichen Ausgang beider Prozesse - den Prozess der Erweiterung und den Prozess der Verfassungs-

1. Die Erweiterungsbeschlüsse des Gipfeltreffens von Kopenhagen werden sowohl in den heutigen EU-Mitgliedsstaaten sowie durch das Europäische Parlament ratifiziert werden müssen. Es steht zu erwarten, dass allerorten Einzelaspekte des Erweiterungsvorgangs oder prinzipielle Widersprüche mit hohem Emotionalitätsgehalt erst im Zusammenhang mit dem Ratifizierungsvorgang Gegenstand öffentlicher Debatte werden. Dies könnte zu unkalulierbaren Auswirkungen auf das Ratifizierungsverhalten in dem einen oder anderen Land führen. Ausgeschlossen ist nicht, dass irgendein Parlament der heu-

tigen EU wegen dieser oder jener Frage ein Veto einlegt (oder wenigstens androht) oder dass irgendeine Bevölkerung eines Kandidatenlandes in einem Referendum seinen Unmut über die Ergebnisse der Beitrittsverhandlungen, die auch Zumutungen mit sich bringen, zum Ausdruck bringen könnte. Deshalb ist die Stärkung der öffentlichen Zustimmung zum europäischen Einigungsprozess von größerer Wichtigkeit denn je.

2. Die Arbeit des Verfassungskonventes unter Vorsitz des früheren französischen Präsidenten Giscard d'Estaing darf nicht durch die beamteten Bedenken-trägerinnen innerhalb der anschließenden Regierungskonferenz und nicht durch das seit den Verhandlungen von Nizza diskreditierte unsäglich nationale Gefeielsche einzelner Regierungen und Regierungschefs zu einer Minimallösung kleingeredet werden, die den Namen einer veritablen europäischen Verfassung nicht mehr verdienen würde.

### INHALT

**Ludger Kühnhardt:**  
Editorial  
**Rafael Biermann:**  
Quo vadis NATO?  
**Emil Mintchev:**  
Bulgarien und Rumänien: EU Mitgliedschaft 2007?  
**Glen Camp:**  
Wahlen in Mazedonien  
**Aus der Task Force:**  
Eröffnung von BRIE

Essentielle Antworten sind nötig, um zu einer Neubalancierung der Gewaltenteilung zwischen einer starken EU-Kommission als der europäischen Exekutive, einem mit vollem Mitentscheidungsrecht ausgestatteten Europäischen Parlament (das auch ein eigenes Budgetrecht erhalten muss, um als vollwertiges Parlament Respekt zu finden) und einem Europäischen Rat zu kommen, der sich als zweite Kammer versteht, die dem Anspruch auf Transparenz und Trennung legislativer und exekutiver Funktionen entspricht.

Die Entscheidungen auf dem NATO-Gipfeltreffen in Prag im November 2002 stehen ebenfalls unter dem Vorbehalt einer anschließenden Ratifizierung. Gleichwohl darf damit gerechnet werden, dass die sich abzeichnende Einladung an Estland, Lettland, Litauen, Bulgarien und Rumänien, die Slowakei und Slowenien den Weg zu einer robusten NATO-Erweiterung freimachen wird. Im Blick auf den NATO-Erweiterungsprozess sind zwei Probleme offensichtlich:

1. Das Verhältnis EU-NATO ist nach wie vor nicht endgültig geklärt. Dazu muss es kommen, um Komplementarität in der Bereitstellung sicherheits- und verteidigungspolitischer Instrumente zu schaffen, nicht aber Konkurrenz und

Duplizität zu fördern. Für die EU heißt dies unter anderen, dass es absurd sein wird, auf Dauer 27 eigenständige nationale Armeen zu unterhalten, anstatt diese - schon allein aus Gründen der Kostenersparnis - in eine gemeinsame europäische Armee einmünden zu lassen. Die NATO-Erweiterung kann auf Dauer also nur so gut und zielführend sein, wie sie durch eine Gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU, die diesen Namen auch verdient, ergänzt wird. Diese muss konsequent das Prinzip der Mehrheitsentscheidungen anzuwenden bereit sein.

2. Die zukünftige geopolitische Strategie der USA ist unberechenbar geworden. Dient die NATO als ein Instrument der gemeinsamen globalen Sicherheitsverantwortung der USA und ihrer europäischen Verbündeten? Oder ist die NATO ein Instrument der Einbindung der Europäer in eine im Kern eher unilateralistisch ausgerichtete Globalstrategie der USA, die auf punktuelle Koalitionen stärker setzt als auf eine permanente Allianz, unter Einschluss von Konsultationen und Abstimmungsmodalitäten in der bisher gewohnten Weise?

Beide Problembereiche - EU- und NATO-Erweiterungsprozess - sind miteinander

verschränkt durch den offensichtlichen Paradigmenwechsel unserer Zeit, wie er durch die furchtbaren Terroranschläge vom 11. September 2001 seinen symbolhaften Ausdruck fand: Sowohl die EU als auch die NATO sind gefordert, zu einer weltpolitischen Rolle zu finden. Gelingt ihnen dies, so werden EU und USA starke Partner in einer auf neuerliche Weise unberechenbar und gefährdet gewordenen Welt sein. Gelingt ihnen dies nicht, so wird das transatlantische Verhältnis auseinanderdriften und die EU immer mehr in die Gefahr geraten, sich provinziell auf das eigene Wohlbefinden zurückzuziehen und sich von den Anforderungen der Welt abzuschotten. Beides würde gegen das Eigeninteresse sowohl der EU wie der NATO und der USA wirken. Ausgeschlossen werden kann aber eine solche Entwicklung leider nicht. Insofern sind weder EU- noch NATO-Erweiterungsprozess Selbstzweck. Sie sind Teil eines Prozesses der Neubildung der Weltordnung des 21. Jahrhunderts. Darin liegt ihre eigentliche historische Tragweite.

Prof. Dr. Ludger Kühnhardt  
Direktor am ZEI

### Recent Opinion polls

Country	Date	Yes (%)	No (%)	Comment	Source quoted
Bulg.	June	66	10	+5 % compared to May	BBSS Gallup International
Cz.Rep	June	42	17	Slight increase compared to May	CVM
Eston.	June	54	38	- 3% compared to April	EMOR
Hung.	June	72	10	+ 11% compared to January	GfK
Latv.	June	42	38	+ 5% compared to February	Latvijas Fakti
Lith.	June	53	25	+ 6% compared to April	Vilmorus
Malta	June	51	29	Slight increase since February	Independent On Sunday
Pol.	June	66	25	Support back to level of April	CBOS
Slovak.	March	69	24	Highest rate of support since 1995	UVVM
Sloven.	June	55	27	+ 7% compared to April	_____

Quelle: <http://europa.int/comm/enlargement/opinion/index.htm>

## Quo vadis, NATO? Weichenstellungen für die zweite Beitrittsrunde

Je näher der Prager NATO-Gipfel rückt, desto klarer kristallisiert sich heraus, dass die Allianz neben Slowenien, der Slowakei und den drei baltischen Ländern auch Rumänien und Bulgarien Beitrittsverhandlungen anbieten wird. Mazedonien und Albanien dagegen, seit dem Gipfelkommuniqué von Washington 1999 ebenfalls zu den „Kandidaten“ gerechnet, werden aufgrund der fortwährenden internen Instabilitäten vorerst kaum Beitrittschancen eingeräumt. Für Kroatien, das erst im Mai diesen Jahres seinen Beitrittsantrag einreichte, ist es noch zu früh. Damit reicht die NATO künftig bis ans Schwarze Meer. Die Erweiterung wird auch Südosteuropa einschließen. Geostrategisch schließt sich die Landbrücke, die seit 1999 das neue NATO-Mitglied Ungarn von der Türkei und Griechenland trennte. Die „doppelte Zurückweisung“ durch EU und NATO, von EU-Kommissar Verheugen beschworen, wird es wohl kaum geben. Soweit die guten Nachrichten, die sich für Prag abzeichnen.

Dabei sollte jedoch nicht übersehen werden, dass nach der „Verhinderung“ Meciar bei den Parlamentswahlen in der Slowakei Rumänien und Bulgarien die umstrittensten Kandidaten dieser Erweiterungsrunde sind – und dies, obwohl Rumänien eigentlich bereits beim Madrider Gipfel im Juli 1997 beste Aussichten hatte, in der ersten Erweiterungsrunde eingeladen zu werden. Doch damals kam es zu einer offenen, in der Geschichte der NATO höchst ungewöhnlichen Gipfelkrise, nachdem sich die NATO-Botschafter im Vorfeld intern in den Kommuniqué-Verhandlungen nicht darauf einigen konnten, ob auch Slowenien und Rumänien eingeladen werden sollen. Vor allem Jacques Chiracs, der medienräftig für eine Aufnahme Rumäniens plädiert hatte, aber auch die Staats- und Regierungschefs Italiens, Griechenlands und der Türkei mussten sich dem Druck der Amerikaner und Briten und damit dem Konsensgebot in der Allianz beugen. Man einigte sich auf die kleine Dreierlösung. Die Slowenen waren die Leidtragenden, wurden Opfer des Junktims, das sie mit Rumänien verband. Heute sind die Slowenen unbestritten der „sicherste“ Kandidat für Prag. Anders Rumänien: Zwar wurde das Land in den Kommuniqués von 1997 (Madrid) und 1999 (Washington) gleichwie

Slowenien hervorgehoben. Doch inzwischen klafft zwischen beiden eine sinnfällige Diskrepanz, was die politische Stabilität und Reife wie den Stand der wirtschaftlichen Transformation angeht. Davon gibt auch der Stand der Verhandlungen Rumäniens mit der EU Zeugnis.

Mehr noch: Intern wurde zuletzt sogar diskutiert, ob man nicht Bulgarien, das erst im Kommuniqué von 1999 erstmals zum Kandidaten erhoben wurde, den Vorzug vor Rumänien geben sollte. Denn Bulgarien hat sich durch die Initiierung der SEEGROUP und der SEEBrig als ausgesprochener Aktivposten profiliert, hat der NATO auch innenpolitisch während der Kosovo-Luftoperationen durch schwere Fahrwasser die Stange gehalten. Inzwischen sind die bulgarischen Sozialisten auf NATO-Linie eingeschwenkt, so dass eine NATO-Mitgliedschaft auf breiten Konsens stieße.

### Der steinige Weg nach Prag

Die Parameter der Diskussion um die Erweiterung haben sich fast revolutionär in den letzten Jahren verschoben. Es sollte nicht vergessen werden, dass es nach der Einladung von Polen, Ungarn und Tschechien 1997 unter den obersten Entscheidungsträgern in zahlreichen Hauptstädten viele gab, die hinter vorgehaltener Hand nicht nur mit einer „Pause“, sondern faktisch mit einer Beendigung des Erweiterungsprozesses sympathisierten. Der Verfasser hat das als Mitarbeiter im Planungsstab des Bundesministeriums der Verteidigung in diesen Jahren persönlich miterlebt. Gerade in Deutschland, 1993/94 Initiator und Motor des Erweiterungsprozesses, sank das Interesse am Erweiterungsprozess dramatisch. Schließlich waren die drei geostrategisch aus nationaler deutscher Sicht wichtigsten Staaten nun beigetreten. Einer Integration der baltischen Staaten standen Außen- wie Verteidigungsminister, über die Maßen auf russische Empfindlichkeiten bedacht, ohnehin sehr skeptisch gegenüber. Rumänien und Bulgarien dagegen lagen nicht im Horizont deutscher Politik.

Von daher war es keineswegs selbstverständlich, dass es zu einer erneuten Beitrittsrunde kommen würde. Bei aller Tragik: Die laufenden Kosovo-Operationen ersparten der Allianz eine be-

reits für den Jubiläumsgipfel im April 1999 anberaumte „Überprüfung“ (Kommuniqué Madrid) des Erweiterungsprozesses. Das bedeutete drei Jahre Aufschub bis zur neu anberaumten „Überprüfung“ 2002. Alles schaute inzwischen auf Washington. Eigene Führung zu demonstrieren lag den europäischen Verbündeten fern. Seit Juni 2001, als sich die Allianz auf Initiative Präsident Bushs gegen eine „Null-Lösung“ in Prag aussprach, hat Washington eindeutig die Führung übernommen. Bis heute halten sich die anderen Verbündeten weitgehend bedeckt, haben den Amerikanern das Heft des Handelns auch in dieser Frage überlassen.

### Marginalisierung der Erweiterungsfrage

Die enorme Dichte und auch Qualität, welche die Debatte um die NATO-Erweiterung von 1993 bis 1997 in Medien, Politik und Wissenschaft prägte, steht in eklatantem Kontrast zur Marginalisierung, fast möchte man sagen Gleichgültigkeit, mit der dieses Thema heute, kurz vor der zweiten Erweiterungsrunde, behandelt wird. Dies liegt zum einen natürlich an der geringeren strategischen Relevanz der verbliebenen Kandidaten. Es liegt zudem daran, dass sich keiner der vier „großen“ NATO-Mitglieder USA, Deutschland, Großbritannien und Frankreich als Lobbyist für einen dieser Kandidaten sieht und stark macht.



Das dänische Plädoyer für die baltischen Staaten, das griechische und türkische für Rumänien und Bulgarien hat schlichtweg nicht das Gewicht im Bündnis, um eine solche Debatte anzuregen und zu formen. Es liegt aber auch daran, dass sich andere Themen in der

westlichen Sicherheitsdebatte in den Vordergrund schieben und die Erweiterungsfrage ins Abseits drängen: Vor dem 11. September 2001 waren es „Ballistic Missile Defense“ und die Ausformung der neuen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie die Veränderungen und erneuten Krisen auf dem Balkan (Serbien, Mazedonien); nach dem 11. September waren es die Bildung der Anti-Terror-Allianz, der Krieg gegen die Taliban und nun vor allem die völlige Dominanz der Debatte um ein militärisches Vorgehen gegen den Irak.

#### Weiterführende Literatur:

#### Transatlantic security and NATO.

#### Enhancement Resolution of 2002,

House Res. 468, House of Representatives, U.S. Congress, Oct. 7, 2002.

#### The Future of NATO,

Seventh Report of the Defence Committee of the British Parliament/House of Commons, 30. Juli 2002.

Nach dem 11. September 2001 ist es dabei zu einer auffälligen Verschiebung der Parameter des Erweiterungsprozesses gekommen. Zunächst war durchaus nicht selbstverständlich, dass der Anti-Terror-Krieg nicht zu einem erneuten Aufschub der Erweiterung führen würde. Schließlich hatte man nun in der Tat andere Probleme, wie nicht zuletzt die erstmalige Anwendung des Artikel 5 NATO-Vertrag demonstrierte. Doch offensichtlich hat sich in Amerika eine andere Schule durchgesetzt: Im neuen Bedrohungsspektrum ist eine möglichst enge Einbindung der noch nicht integrierten Staaten Mittelost- und Südosteuropas erwünscht. Über die NATO-Mitgliedschaft kann diese Anbindung weitaus besser gelingen als rein bilateral. In Brüssel steht ein regelmäßiges, funktionierendes Forum zur Abstimmung aller politischen wie militärischen Anstrengungen im Kampf gegen der internationalen Terror zur Verfügung. In dieses Forum auch die sieben nun erwogenen NATO-Kandidaten einzubinden, ist aus amerikanischer Sicht naheliegend. Auffällig jedoch ist, welche Argumen-

te damit in den Hintergrund geschoben sind. Eine doppelte Befürchtung war von Anfang an maßgeblich dafür, dass der Erweiterungsprozess nicht schneller verlief und nicht inzwischen zu mehr Beitritten führte: die Furcht vor einem Rückschlag im Verhältnis zu Moskau und die Sorge um eine Minderung der politischen wie militärischen Handlungsfähigkeit der Allianz.

Wer sich vor Augen hält, wie vehement Russland lange Zeit eine Ausdehnung der NATO nach Osten bekämpfte – man denke etwa daran, wie der damalige Außenminister Kosyrew brüsk die anberaumte Unterzeichnung des Individuellen Partnerschaftsabkommens (PfP) mit der NATO im Dezember 1994 verweigerte –, der kann ermessen, wie grundlegend sich Russlands Haltung zur Erweiterung in den vergangenen Jahren gewandelt hat. Dies gilt gerade auch für die Frage der baltischen NATO-Mitgliedschaft, die Putin nun ausdrücklich anzuerkennen bereit ist. Hatte Jelzin schon, gegen manche Auguren, die Erweiterung von 1997 ohne Gegenmaßnahmen hingenommen, so ist mit Putin ein Realpolitiker im Kreml eingezogen, der nun klug auch die Rhetorik am Machbaren ausrichtet.

Das Signal vom Mai diesen Jahres, den „Rat der 20“ mit der NATO zu gründen, wohl gemerkt im Wissen um die anstehende Erweiterungsentscheidung in Prag, entspricht Jelzins Einwilligung in den NATO-Rußland-Rat im Mai 1997, ebenfalls wenige Monate vor dem damaligen Erweiterungsgipfel in Madrid. Die Botschaft: Moskau bleibt zur Kooperation bereit, auch über Prag hinaus. Die gemeinsamen Aufgaben sind ohnehin gewachsen. Alle diejenigen, die gerade in Deutschland wie gebannt über Jahre mit Blick auf die russischen Bedenken vor einer baltischen NATO-Mitgliedschaft gewarnt haben, sind als Zauderer von Putin selbst widerlegt. Schwieriger ist die Frage zu beantworten, wie die Allianz bei einer solchen präzedenzlosen Erweiterung ihre volle Handlungsfähigkeit wahren kann. Wenn der griechische NATO-Botschafter dafür plädiert, Rumänien und Bulgarien einen „Rabatt“ zu gewähren, im Wissen um die weiterhin gravierenden Defizite beider Länder, und wenn die anderen Partner offensichtlich gewillt sind, diesem Plädoyer zu folgen, so deutet manches darauf hin, dass es in den Augen einiger Verbündeter, allen voran der USA, offensichtlich nicht mehr so wesentlich ist, ob das Bündnis seine außerordentliche Kohärenz und Handlungsfähigkeit vollauf erhält, die es über Jahrzehnte ausgezeichnet hat.

Ist die „robuste“ Erweiterung, also die Zunahme der Zahl der NATO-Mitglieder um immerhin ein Drittel, eine Folge der Marginalisierung der NATO im Anti-Terror-Krieg? Zumindest manche Strategen im Pentagon scheinen in diese Richtung zu denken. Es wäre ein sehr bedenkliches Signal für die Zukunft der Allianz.

#### Zukunft des Erweiterungsprozesses

Nun laufen die Communiqué-Verhandlungen für Prag im NATO-Rat auf Hochtouren. Die Erweiterung ist dabei ein Thema unter vielen. Für Washington geht es um die Relevanz des Bündnisses in einem neuen Zeitalter, das für Amerika, weniger für Europa, mit dem 11. September angebrochen ist. Dabei dürfte sich in puncto Erweiterung wieder einmal gerade die Verhandlung der Passagen zur „open door policy“ als schwierig erweisen. Wie geht es mit dem Erweiterungsprozess, wie mit dem Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat und der Partnerschaft für den Frieden weiter? Geht der Erweiterungsprozess überhaupt weiter? Bleibt die Tür offen? Schweigt man sich dazu aus oder findet man klare Worte?

Konkret: Was wird aus Mazedonien und Albanien, die im Communiqué von Washington 1999 erstmals, wenn auch vage, in der Erweiterungspassage als Kandidaten genannt wurden, mit Dank für Ihre Unterstützung der NATO-Luftoperationen im Kosovo? Und wie steht es um Kroatien, das in der Ära nach Tudjman zu einem vertraulichen quasi-Verbündeten der NATO gegen Milosevic aufstieg und bald die instabileren Kandidaten Mazedonien und Albanien überrunden wird, wie schon im Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess der EU? Soll jenen, die nun in wachsendem Maße ihre Marginalisierung fürchten und um so heftiger an die Tür von NATO und EU klopfen, wie etwa der Ukraine, langfristig ebenfalls eine Beitrittsperspektive eröffnet werden? Oder kann man sie anderweitig einbeziehen? Möglicherweise ist es an der Zeit, doch über neue Formen partieller Mitgliedschaft nachzudenken, auch um einer zermürbenden Debatte um einen möglichen russischen Beitrittsantrag längerfristig vorzubeugen.

1999, bei der Formulierung des Kölner Gründungsdokuments des Stabilitätspaktes, war es nicht nur Russland, das eine NATO-Beitrittsperspektive für den „westlichen Balkan“ zu verhindern wusste; auch die Allianz selbst schreck-

te, anders als die EU, vor diesem Schritt zurück. Heute wird es wohl viele geben, die - ähnlich wie in der EU - wachsende Bedenken haben, was die geographische Finalität des NATO-Erweiterungsprozesses anbelangt. Eine grenzenlose Erweiterung kann nicht im Interesse europäischer Sicherheit liegen. Die NATO darf nicht zu einer zweiten OSZE werden. Aber wo genau die Grenzen liegen, wie sie zu begründen sind,

wie sich die Zurückweisung der Außenbleibenden abfedern lässt, dies sind prinzipielle Fragen, denen NATO wie EU immer weniger ausweichen können.

Gerade für die Staaten des "westlichen Balkan" werden die Signale, die in dieser Sache aus Prag kommen, strategische Bedeutung haben. Die Allianz wird durch die neuen Mitglieder neue Grenzen erhalten. Sie wird in ihrer Ausrich-

tung östlicher werden. Sie wird auch vielstimmiger werden. Unter diesen Umständen den Erweiterungsprozess, der in Südosteuropa keinesfalls abgeschlossen ist, kohärent und mit Vision fortzusetzen, wird nicht einfach sein. In Prag werden dafür die Weichen gestellt.

**Dr. Rafael Biermann**

## Bulgarien und Rumänien: EU-Mitgliedschaft 2007 in Aussicht gestellt

Die Fortschrittsberichte der Europäischen Kommission vom 9. Oktober wurden in Bulgarien und Rumänien mit gemischten Gefühlen aufgenommen. Einerseits wurde die Aufteilung der Kandidaten in 10 plus 2 (nimmt man die Türkei aus) endgültig besiegelt. Andererseits wurde zum ersten Mal das Jahr 2007 für eine eventuelle EU-Mitgliedschaft der beiden südosteuropäischen Staaten in Aussicht gestellt. In Sofia wurde die bittere Pille der weiteren fünf Jahre Wartezeit aufgrund der Tatsache mit etwas größerer Genugtuung aufgenommen, dass auch in der Schlusslichtgruppe die Prinzipien der Differenzierung und der eigenen Verdienste weiterhin Geltung behalten und dementsprechend Bulgarien deutlich besser als sein nördlicher Nachbar abschneidet. Zum ersten Mal in einem solchen Bericht wurde festgestellt, dass Bulgarien eine funktionierende Marktwirtschaft ist und das Land in der Lage sein dürfte, dem Wettbewerbsdruck in der Union mittelfristig standzuhalten - unter der Voraussetzung natürlich, dass die Reformen energisch fortgesetzt werden. Mit Bulgarien wurden mittlerweile alle Verhandlungskapitel geöffnet und 22 sogar vorläufig abgeschlossen. Mit Rumänien sind die letzten vier Kapitel noch nicht geöffnet, lediglich 13 sind vorläufig abgeschlossen.

Es wurden auch eine Reihe von Defiziten erwähnt, etwa im Verwaltungs- und im Justizsystem, wo die beiden Länder noch erhebliche Anstrengungen vor sich haben. Auch bei der Auflistung der

Defizite schneidet Rumänien schlechte ab, was zum Beispiel die Notwendigkeit anbelangt, die Beschlussfassungs- und Gesetzgebungsverfahren zu verbessern, die makroökonomische Stabilisierung und die Bekämpfung der Inflation voranzutreiben und umfassende Strukturreformen in der öffentlichen Verwaltung und der Justiz einzuleiten.

In Bulgarien wurde die Empfehlung der Kommission mit wenig Enthusiasmus entgegengenommen, der Verpflichtung zur Stilllegung der vier Reaktoren des Kernkraftwerkes Kozlodui nachzukommen und für ein hohes Niveau an nuklearer Sicherheit zu sorgen. Das bulgarische Parlament hat inzwischen eine Resolution verabschiedet, nach der die Stilllegung der letzten zwei Reaktoren von der Aufnahme des Landes in der EU anhängig gemacht wird. Der Beschluss stellt die Vereinbarung mit der Europäischen Kommission über die Stilllegung bis Ende 2006 zum Teil in Frage. Möglicherweise soll eine Erhöhung der finanziellen Kompensation für die Schließung des Reaktors die Parlamentarier besänftigen. In jedem Fall sollte die Regierung ihrerseits alles tun, um die Umstrukturierung im Energiesektor zu beschleunigen und die Privatisierung der Verteilungsunternehmen in Angriff zu nehmen.

In Bukarest waren die Reaktionen gedämpft. Die rumänische Europa-Ministerin Puvak gab im Parlament zu, dass sich Rumänien hinter alle anderen Kandidaten befindet und Bulgari-

en einen Vorsprung hat, was die Verhandlungen angeht. Trotzdem meinte sie, Rumänien bräuchte gegenüber niemandem aufholen. Es müsse vor allem seine Verpflichtungen gegenüber der Kommission besser erfüllen.

In den beiden Hauptstädten wurde zur Kenntnis genommen, dass die Kommission in ihren Berichten das Jahr 2007 lediglich als ein Datum erwähnt, das Bulgarien und Rumänien für ihren Beitritt selbst ins Auge gefasst haben. Damit haftet dem Datum weiterhin eine gewisse Vorläufigkeit an. Ob beim EU-Gipfel in Kopenhagen dieses Datum offiziell verkündet wird, bleibt noch offen. Beide Länder brauchen aber eine gewisse Ermunterung und einen klaren Zeithorizont auf dem Weg in die EU, der auch disziplinierend bei der Bewältigung der zahlreichen noch bevorstehenden Aufgaben wirken könnte.

Fortschrittsberichte  
und Strategiepapier  
2002 der DG Erweiterung  
befinden sich unter:  
[www.europa.eu.int/  
comm/Enlargement/  
report2002](http://www.europa.eu.int/comm/Enlargement/report2002).

Die sorgfältige Analyse der Berichte erlaubt die vorsichtige Prognose, dass es zu einer signifikanten Differenzierung in der Schlusslichtgruppe gekommen ist: anstatt 10+2 heißt es nun eigentlich schon 10+1+1. Bei dem EU-Gipfel in Kopenhagen sollen die beiden Staaten detaillierte Fahrpläne - sogenannte „roadmaps“ - für den Zeitraum bis zum Beitritt bekommen. Diese Fahrpläne werden die Schritte aufzeigen, welche die beiden Länder unternehmen müssen, um auf die Vollmitgliedschaft angemessen vorbereitet zu sein. Bei diesen „roadmaps“ wird sich auch zeigen, ob es zu einer weiteren Differenzierung zwischen den beiden letzten Kandidaten kommt, oder ob das politische Argument die Oberhand gewinnt, kein Land in die Scheinisolierung zu treiben. Jede Verzögerung der notwendigen Schritte nach dem erfolgreichen

Abschluss der Verhandlungen könnte für das jeweilige Land negative Folgen haben. Sie würde den Prinzipien der Differenzierung und der Beurteilung nur nach den eigenen Verdiensten zuwider laufen. Denn auch dieses Szenario ist denkbar, dass weitere Kandidaten wie zum Beispiel die Türkei, die auf Aufnahme der Verhandlungen drängt, oder Kroatien, das im Frühjahr nächsten Jahres einen Antrag auf EU-Mitgliedschaft zu stellen beabsichtigt, mit Bulgarien und Rumänien zusammen letztlich eine Vierergruppe der EU-Südosterweiterung bilden.

Für die Zeit bis 2007 plant die Kommission, Bulgarien und Rumänien durch eine weitere Intensivierung der Heranführungshilfe Beistand zu leisten. Die Unterstützung im Rahmen von PHARE (Stärkung der Leistungsfähigkeit von

Verwaltung und Justiz), SAPARD (Verbesserung der landwirtschaftlichen Strukturen) und ISPA (Infrastrukturinvestitionen im Bereich Umwelt und Transport) sollte erweitert werden. Die finanzielle Unterstützung für die beiden Länder sollte ab dem Zeitpunkt der ersten Beitrittsrunde aufgestockt werden. Die zusätzliche Finanzhilfe sollte nicht nur die verlängerte Wartezeit leichter verdauen helfen, sondern auch die Umsetzung der jeweiligen Fahrpläne nachhaltig unterstützen. Auf diese Weise verbessern sich auch die Chancen, dass im Jahr 2007 ein Europa der 27 möglich wird.

Dr. Emil Mintchev, ZEI

## Die Beitrittsambitionen Rumäniens vor Prag

Während die erste Phase der NATO-Osterweiterung vor fünf Jahren noch für kontroverse Diskussionen sorgte, vollziehen sich die Planungen für die zweite Runde fast im Stillen. In wenigen Wochen, im November 2002 in Prag, auf dem geplanten Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der 19 Natomitglieder, wird erwartet, dass das westliche Bündnis sich zum zweiten Mal nach dem Ende des Kalten Krieges nach Osten öffnet.

Die Geschehnisse des 11. September 2001, der anschließende Krieg gegen das Taliban-Regime in Afghanistan und die möglichen sicherheitspolitischen Weiterungen des Kampfes gegen den internationalen Terrorismus haben ein aktuelles Thema der Sicherheitspolitik in den Hintergrund gedrängt - die Frage nach der nächsten Runde der NATO-Erweiterung.

Galten lange Zeit nur wenige ausgewählte Länder als mögliche Kandidaten, setzt die Militärallianz nach dem 11. September bei der Erweiterung nun auf einen „big bang“. Die größtmögliche Zahl an ost- und südosteuropäischen Ländern soll bis November beitragsreif sein, fordert NATO-Generalsekretär Lord Robertson. Diese Option wird auch von US-Präsident George W. Bush verfolgt, der sich damit gegen Kreise aus dem Pentagon stellt, die den Sinn der NATO zunehmend in Frage stellen und auf flexible Allianzen setzen, welche der jeweiligen Interessenlage der USA entsprechen. Neun weitere

Länder bemühen sich derzeit um die Aufnahme in die Nordatlantische Allianz: Albanien, Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Mazedonien, Rumänien, Slowakei und Slowenien. Kroatien ist im Mai 2002 als zehnter offizieller Kandidat anerkannt worden.

Anelli Ute Gabanyi:  
Rumänien vor dem  
NATO Beitritt,  
SWP-Studie, S. 32,  
Berlin, Sept. 2002.

Für die USA scheint insbesondere die Integration von Rumänien und Bulgarien von strategischem Interesse zu sein. Diese Länder bilden als Anrainer des Schwarzen Meers einen Teil der Westflanke der umstrittenen eurasischen Krisenregion, die sich von dort über das Kaspische Meer bis nach China erstreckt. Nach dem Ende der sowjetischen Hegemonie über dieses rohstoffreiche Gebiet toben hier Verteilungskämpfe, die maßgebliche US-amerikanische Strategien für die zentrale weltpolitische Herausforderung des beginnenden 21. Jahrhunderts halten.

Der rumänische Außenminister Mircea Geoana erklärte, dass US-Militärs bereits in den nächsten Monaten damit beginnen werden, Militärinstallationen in Rumänien zu nutzen. Dabei handelt es sich um die Flughäfen von Fetesti und Timisoara, sowie den Schwarzmeerhafen Constanta.

In Kreisen der Mitgliedsländer wurden allerdings Überlegungen angestellt, ob konkret nicht dennoch differenziert vorgegangen werden sollte. Das zur Diskussion gestellte »Regatta-Modell« sah vor, dass die Prozedur der Ratifizierung der NATO-Beitrittsverträge mit den im November einzuladenden sieben Staaten dazu genutzt werden soll, deren Beitritt zeitlich zu staffeln. Auf dem Treffen des Nordatlantikrates in Reykjavik im Mai 2002 konnten sich die Befürworter des Regatta-Modells jedoch nicht durchsetzen. Aber eine Gefahr besteht insofern noch, als einzelne NATO-Mitglieder das bilaterale Ratifizierungsverfahren bei einzelnen Kandidaten hinauszögern könnten.

Rumänien lässt noch Schwächen im politischen und wirtschaftlichen Bereich erkennen und hat auch noch Probleme beim Umbau seiner Streitkräfte (teilweise in den letzten Monaten behoben). Insgesamt dürfte im Falle Rumäniens eine flexible Vorgehensweise angemessen sein. Es könnte sich auch um eine politische Offerte handeln, die zwar nicht sofort zur Mitgliedschaft führt, jedoch festlegt, dass das Thema der Mitgliedschaft Rumäniens ausdrück-

lich auf die Tagesordnung des nächstfrühesten NATO-Gipfels gesetzt sein wird.

Rumänien ist allerdings als einer der Kandidaten der zweiten Runde der NATO-Osterweiterung erheblich besser auf den Beitritt vorbereitet als es die drei Kandidaten der ersten Runde waren. Seine aktive Teilnahme an zahlreichen friedenserhaltenden Maßnahmen und - als einziger Kandidatenstaat - mit Kampfverbänden am Afghanistan-Einsatz »Ending Freedom« kann als ein Indiz dafür gewertet werden, dass Bukarest seine »Hausaufgaben« bei der Streitkräftereform tatsächlich gemacht hat.

Nach dem Schock, der die Zurückweisung seines Beitrittsgesuchs auf dem Madrider NATO-Gipfel im Juli 1997 auslöste, erwies sich Rumänien in der Kosovo-Krise und nach den Anschlägen auf das World Trade Center unabhängig von der politischen Färbung der jeweiligen Bukarester Regierung als loyaler De-facto-Alliiertes des westlichen Bündnisses. Eine zweite Zurückweisung würde zusätzliche Risiken für die interne Sicherheit Rumäniens, aber auch für die Stabilität in der Region schaffen.

Daher wird empfohlen, Rumänien und die anderen Anwärterstaaten ohne weitere taktische Verzögerungen in die NATO aufzunehmen. Im Falle Rumäniens könnten die zunehmend wahrgenommene geostrategische Bedeutung,

die Leistungen der Streitkräfte-Reform, das kooperative Krisenverhalten, die wachsende Interoperabilität und die hohe Akzeptanz des NATO-Beitritts in der Bevölkerung dazu beitragen, dass der durch die NATO-Mitgliedschaft zu erwartende gesellschafts- und wirtschaftspolitische Stabilisierungseffekt rasch und nachhaltig zur Entfaltung kommt. Ein solcher Effekt würde sich auf die gesamte Region und darüber hinaus positiv auswirken.

Der Beitritt Rumäniens und Bulgariens zur EU ist gegenwärtigen Erkenntnissen zufolge keine aktuelle Frage. Mit einem Bruttosozialprodukt von knapp 1.700 Euro pro Kopf im Jahr 1999 wäre Rumänien auch nicht in der Lage, dem Wettbewerb innerhalb der EU standzuhalten. Das weiß auch Premier Nastase. Obwohl er an der Spitze der neokommunistischen Sozialdemokraten (PSD) steht, ist er ein ausgesprochener Befürworter der freien Marktwirtschaft, im Gegensatz zu Staatspräsident Ion Iliescu. Deswegen muss sich Rumänien mit einem EU-Beitritt gedulden. Vor dem Jahr 2007 (Wunschdatum der Regierung), 2010 sagen, nach dem letzten Kommissionsbericht, Realisten, ist mit einem konkreten Datum wohl kaum zu rechnen. Mit Rumänien sind bislang erst 13 der insgesamt 31 Verhandlungskapitel abgeschlossen.

Rumänien hat aber Chancen, in diesem Jahr auf dem Prager Gipfel als Vollmitglied in die Nato aufgenommen zu wer-

den. Dafür gibt es eine Fülle von Gründen. Rumänien hat sich im Verlauf der Balkankonflikte vorbehaltlos an die Seite des Westens gestellt. Die Reform der Streitkräfte ist in vollem Gange. Besonders aber sprechen geopolitische Kriterien für eine Aufnahme Rumäniens, zumal es trotz allem Gerede über russisch-amerikanischen Gemeinsamkeiten im Anti-Terror-Krieg Anhaltspunkte gibt, dass in Moskau Kräfte am Werk sind, welche die Republik Moldawien (mit rumänischer Mehrheit) bzw. die secessionistische Provinz Transnistrien (mit russischer Bevölkerung) in einen vorgeschobenen strategischen Vorposten Russlands umwandeln wollen. Zwei frühere Ministerpräsidenten, beide Veteranen der alten, großrussischen Expansionspolitik - Jewgenij Primakow, Sonderbeauftragter für Lösung des Transnistrien-Problems, und Viktor Tschernomyrdin, Botschafter in Kiew - sind im Begriff, mit mehr oder minder lauterem Druckmitteln auch die benachbarte Ukraine ganz in die Einflussosphäre Russlands zurückzubringen.

Die geographische Lage Rumäniens gewinnt in diesem Kontext eine besondere Bedeutung, zumal man davon ausgehen kann, dass bei einem immer wahrscheinlicher werdenden US-Angriff auf den Irak Russland und die Ukraine eine ablehnende Haltung einnehmen werden.

Unser Korrespondent aus Bukarest

Flash Europabarometer 132/1:

	<i>Become members of the EU as quickly as possible</i>	<i>Become members of the EU, but not all at the same time</i>	<i>Only some of those countries should become members of the EU</i>	<i>None of these countries should become a member of the EU</i>	<i>(da/na)</i>	<i>BASE</i>
EU 15	12%	39%	35%	8%	7%	15088
BELGIQUE	13%	42%	31%	7%	7%	1031
DANMARK	8%	40%	38%	6%	7%	1000
DEUTSCHLAND	6%	38%	45%	7%	5%	1003
ELLAS	12%	24%	48%	6%	9%	1000
ESPANA	20%	42%	24%	4%	10%	1002
FRANCE	6%	42%	39%	9%	4%	1004
IRELAND	16%	53%	26%	2%	4%	1000
ITALIA	19%	41%	27%	8%	5%	1003
LUXEMBOURG	6%	45%	41%	6%	3%	1000
NEDERLAND	8%	42%	40%	7%	3%	1045
ÖSTERREICH	8%	50%	31%	5%	6%	1000
PORTUGAL	10%	41%	28%	8%	13%	1000
FINLAND	4%	40%	45%	7%	5%	1000
SWEDEN	8%	43%	32%	7%	10%	1000
UNITED KINGDOM	14%	33%	31%	11%	12%	1000

Quelle: [http://europa.eu.int/comm/public\\_opinion/flash/fl132\\_en.pdf](http://europa.eu.int/comm/public_opinion/flash/fl132_en.pdf)

## Die Wahlen in Mazedonien: Trotz der ethnischen Spaltung ein friedlicher Übergang

Das Resultat der mazedonischen Wahlen, wie es am 15. September offiziell von der Staatlichen Wahlkommission verkündet wurde, bedeutet einen eindrucksvollen Sieg der oppositionellen Koalition „Gemeinsam für Mazedonien“ über die bisher regierende VMRO-DPMNE. Die Koalition wird von der moderaten SDSM angeführt, dessen Vorsitzender, Brancko Crvenkovski, ein ehemaliger kommunistischer Amtsinhaber unter Tito war.



*Wahlgewinner: Brancko Crvenkovski*

Wichtiger noch ist, dass die Parlamentswahlen den zweiten friedlichen Machtwechsel seit 1998 in Mazedonien darstellen und dabei auch den Albanerführer Ali Ahmeti einschließen, der ein Jahr zuvor noch die albanische Revolte gegen die Republik aus den Bergen anführte. Ahmeti, wie sein Vorgänger Arben Xhaferi, hatte mehr Bürgerrechte für die Albaner gefordert, war jedoch willens, für dieses Ziel sechs Monate den Kampf gegen eine Regierung zu führen, der er nun selbst angehört. Die meisten Albaner in Mazedonien sehen ihn als Helden, während die meisten Angehörigen der slawischen Mehrheit ihn als Terroristen und Verräter brandmarken.

Der Vorsitzende der VMRO, der ehemalige Premierminister Ljubco Georgievski, gestand seine Niederlage offen ein, ebenso wie der Führer des moderateren bisherigen Koalitionspartners von der Demokratischen Partei der Albaner, Arben Xhaferi. Die neue wie schon die alte Regierungskoalition wird nun wieder eine albanische Partei einbeziehen, diesmal jedoch die Demo-

kratische Union für Integration von Ahmeti.

Die Stärke und Reife der entstehenden demokratischen Kultur unter allen Gruppen Mazedoniens drückte bereits der Balkanexperte John Lampe in seiner etwas schwärmerischen Charakterisierung der Parlamentswahlen von 1998 aus: „Und dann geschah etwas erstaunlich Demokratisches, neu und höchst unwahrscheinlich. Eine neue und ungewöhnliche Koalition gewann die Wahlen von 1998 und brachte zwei extrem nationalistische Parteien zusammen: Ein politisch gereifter Georgievski und ein erstaunlicher Xhaferi schlossen ihre Parteien zu einer Koalition zusammen“ (John R. Lampe: *Yugoslavia as History*, Cambridge 2000). Anscheinend hat es die Demokratie in dem erst elf Jahre jungen Staatsgebilde, dem jüngsten in Europa, geschafft, ohne größeren Bürgerkrieg wie im Kosovo oder in Bosnien und Herzegowina die ethnische Segregation zu überwinden. Eine nicht-ethnische, wenn nicht gar multi-ethnische Demokratie scheint zu Entstehen, trotz der hohen Arbeitslosigkeit und Armut, die bis zu 30 Prozent der Arbeitskräfte erfasst.

Wenn man bedenkt, dass es sich bei den Parlamentswahlen 2002 um die dritten seit 1991 handelt, so muss ein amerikanischer Beobachter, dessen eigenes Land große Schwierigkeiten mit der Stimmauszählung bei den letzten Wahlen hatte, seinen Respekt vor der politischen Reife aussprechen, die von allen Seiten im kleinen Land Mazedonien gezeigt wird. Das ist besonders bedenkenswert, wenn man sich vor Augen hält, dass in Mazedonien auch 23 Prozent oder mehr Albaner (der neue Zensus läuft seit dem 1. November) und etwa 10 Prozent Vertreter anderer Minderheiten wie Serben, Türken, Roma und andere leben. Die Wahlbeteiligung für das 120-köpfige mazedonische Parlament lag bei 70 Prozent, im Vergleich zu den kaum mehr als 51 Prozent in den USA. Die Bevölkerung der Republik hat ganz offensichtlich die dringende Notwendigkeit gesehen, die gefährlichen Spannungen zwischen der slawischen Mehrheit von etwa 67 Prozent der Bevölkerung und den Minderheiten, insbesondere den Albanern, die bis zu ein

Drittel der 2,2 Millionen Bürger Mazedoniens ausmachen, abzubauen.

Die Wahlen vom September waren wahrscheinlich eine der sorgfältigsten beobachteten Wahlen in der Menschheitsgeschichte. Hunderte von internationalen Beobachtern waren bei der Stimmabgabe anwesend. Allgemeiner Konsens war, dass die Wahlen trotz einiger Versäumnisse fair waren. Darunter waren etwa 300 Beobachter der OSZE sowie andere von der International Crisis Group aus Brüssel. Die meisten Beobachter waren für die geringe Zahl der Zwischenfälle dankbar. Die Europäischen Union lobte, die Wahlen – eine „unzweifelhafte Zurückweisung von Gewalt als Mittel der Politik“ – wiesen nach, dass Demokratie im instabilen Balkan funktionieren kann. Die EU trägt dazu selbst mit ihren Aktivitäten des Stabilitätspaktes in Mazedonien bei. Offizielle mazedonische Quellen nennen den Pakt „den ersten ernsthaften Versuch der internationalen Gemeinschaft, die bisherige reaktive Politik der Krisenintervention in Südosteuropa durch eine umfassende, langfristige Politik der Konfliktprävention zu ersetzen“ (so die mazedonische Informationsagentur).

Natürlich bleibt die ethnische Trennung gefährlich. Edward Joseph von der International Crisis Group warnt: „Wer denkt, Mazedonien habe das Schlimmste überstanden, nur weil die Wahlen und ein friedlicher Machtübergang stattgefunden haben, unterschätzt völlig die Risiken und inhärenten Instabilitäten in diesem Land.“ (New York Times, 14.9.02, A3). Doch scheint das kleine Land, das als „Pufferstaat“ für seine mächtigeren Nachbarn dient, dessen Name durch Griechenland, dessen Sprache durch Bulgarien, dessen Kirche durch Serbien in Frage gestellt ist, einen ersten Schritt in Richtung einer reifen Zivilgesellschaft unternommen zu haben. Vielleicht ist es sogar ein erster Schritt in Richtung einer zivilen statt ethnischen Vorstellung von Bürgergesellschaft.

**Prof. Glen Camp**  
Bryant College, USA

*(Übersetzung durch die Redaktion)*



## Aus der Task Force Südosteuropa:

### Eröffnung eines neuen, transnationalen Bulgarisch-Rumänischen Europastudienganges

Am 14. Oktober 2002, fast zwei Jahre nachdem die Idee eines grenzüberschreitenden bulgarisch-rumänischen Studienprogramms nach dem Vorbild der Europa-Universität Viadrina (Frankfurt an der Oder) lanciert wurde, war es soweit: Mit der Hymne „Gaudeamus Igitur“ feierten die ersten Studenten und ihre Professoren die Eröffnung des Bulgarisch-Rumänischen Interuniversitären Europazentrums (BRIE).

Der Festakt startete in Bukarest, wurde in der rumänischen Stadt Guirgiu an der Donau fortgesetzt und endete in Rousse, Bulgarien. Unter den Rednern waren neben politischer und wissenschaftlicher Prominenz der beiden Länder auch die Rektoren der rumänischen Akademie für Wirtschaftswissenschaften und der Universität Rousse, Professor Bran und Professor Tomov, der Präsident der Hochschulrektorenkonferenz (HRK), Professor Landfried, die Sprecherin der Geschäftsführung der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung, Frau Mosiek-Müller, die Referatsleiterin im Bundesministerium für Bildung und Forschung, Frau Rude und schließlich der Direktor am Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI) an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn Professor Kühnhardt.

Das Bulgarisch-Rumänische Interuniversitäre Europazentrum (BRIE) an der Donaubrücke zwischen den beiden Ländern, mit seinen zwei Programmen Europastudien in Rousse und Wirtschaftsinformatik in Giurgiu, ist ein Beispiel für eine erfolgreiche, grenzüberschreitende Kooperation in der Lehre und Forschung unter der aktiven Mitwirkung einer Reihe deutscher Universitäten, darunter auch des Zentrums für Europäische Integrationsforschung (ZEI) an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.

Das Projekt, initiiert Ende 2000 von der Hochschulrektorenkonferenz (HRK), wird im Rahmen des Stabilitätspaktes für Südosteuropa durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung sowie durch die Gemeinnützige Hertie-Stiftung mit jeweils mehr als 400 000 Euro unterstützt. Für die besten Studenten aus der Region in dem Studienfach Europastudien stellt die Hertie-Stiftung bis zu zehn Stipendien zur Verfügung.

Fast ein Drittel der Studenten stammt aus verschiedenen Staaten Südosteuropas. Zusammen mit ihren bulgarischen und rumänischen Kommilitonen werden sie alle ein Semester in Deutschland verbringen, um sich später aktiv bei der

Gestaltung der europäischen Zukunft ihrer Länder zu beteiligen.

Das ZEI war von Anfang an maßgeblich am Aufbau von BRIE beteiligt. Das Projekt wurde im Rahmen des „Netzwerkes für Europastudien in Südosteuropa“ des ZEI in besondere Weise bisher gefördert. Dazu gehörte etwa die intensive Beratung bei der Entwicklung des neuen Europastudienganges in Rousse, das sehr vom „Core Curriculum for European Studies in South-eastern Europe“ des Netzwerkes profitiert hat, wie auch die Entsendung von Lehrpersonal im Rahmen der Fliegenden Fakultät des ZEI.

Seit diesem Jahr nun ist das ZEI mit der Auswahl und Betreuung der Stipendiaten aus ganz Europa betraut, die künftig in Rousse mit Geldern der Hertie-Stiftung studieren. Namhafte Wissenschaftler aus Deutschland und Westeuropa werden in Rousse im Rahmen der sog. „Hertie Lectures“ als Dozenten referieren. Insgesamt ist das ZEI für die wissenschaftliche Begleitung des Europastudienprogramms in Rousse zusammen mit den anderen Konsortiumsmitgliedern verantwortlich. Für diesen Zweck wurde ein Hertie-Koordinationsbüro am ZEI etabliert das von Dr. Emil Mintchev geleitet wird.

### Nächste Ausgabe: Das Jahr der Wahlen 2002: ein Resümee



**IMPRESSUM:** Herausgeber: Task Force Südosteuropa am ZEI  
 Koordinator: Dr. Rafael Biermann  
 Mitarbeiter: Dr. Emil Mintchev  
 Simon Backovsky

**Zentrum für Europäische Integrationsforschung  
 Center for European Integration Studies  
 Rheinische Friederich-Wilhelms- Universität Bonn**

ZEI  
 Walter-Flex-Str. 3  
 D- 53113 Bonn  
 Fax: 0228/ 731894  
 e- mail:  
 soe.monitor@uni-bonn.de